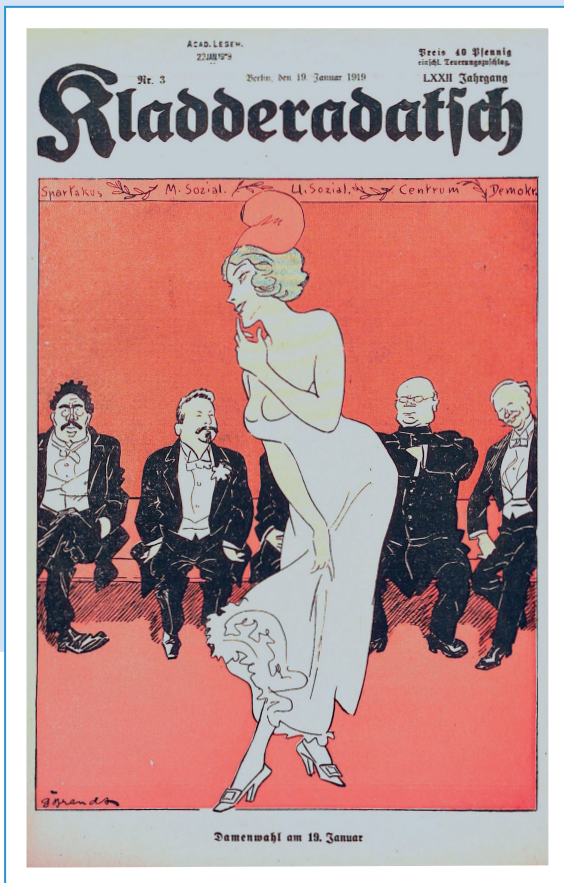




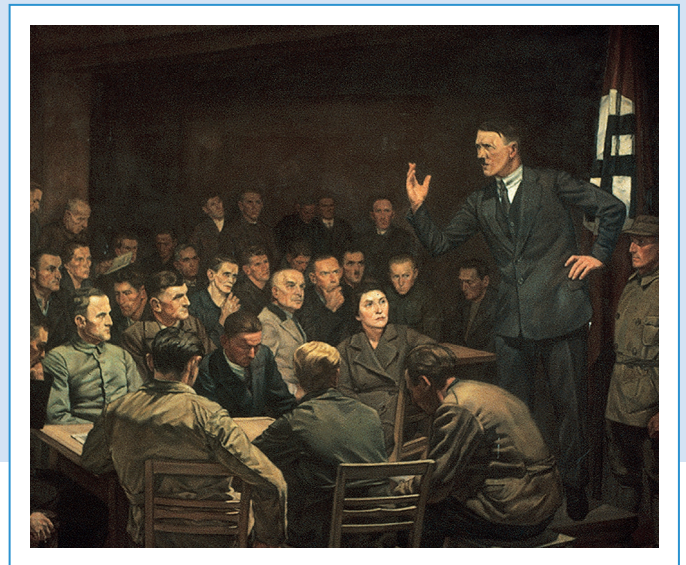
Stolperstein.

Elise Münzer (*1869) war 1909 die erste Redakteurin der Berliner Morgenpost. 1942 wurde sie in Treblinka ermordet.



Frauenwahlrecht.

Karikatur von Gustav Brandt (1861 – 1919) auf der Titelseite des Kladderadatsch vom 19.1.1919



„Im Anfang war das Wort“.

Gemälde von Hermann Otto Hoyer, gezeigt bei der Großen Deutschen Kunstausstellung 1937 in München. Der Titel des Bildes nimmt Bezug auf die Bibel.

2. Deutschland im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Diktatur

Nach 1945 wurde die Weimarer Republik lange Zeit vor allem aus der Perspektive ihres Endes ab 1929/30 betrachtet. Die Staats- und Wirtschaftskrise hatten sich final zugespitzt und die nationalsozialistische Herrschaft ermöglicht. Die Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik wurden außerdem in den Anfängen der Republik gesucht: der Novemberrevolution von 1918. Stimmen aus der Geschichtswissenschaft schlagen vor, den Staat Weimar nicht mehr nur als die Vorgeschichte der NS-Diktatur zu betrachten, sondern auch seinen Beginn als demokratischen Aufbruch in den Blick zu nehmen. Bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stand die Phase der Etablierung der Macht 1933 lange im Vordergrund, seit rund 30 Jahren liegt der Schwerpunkt auf dem Holocaust als dem zentralen Menschheitsverbrechen.

Was wissen und können Sie schon?

Bilden Sie Kleingruppen und bearbeiten Sie die Bildmaterialien auf der linken Seite:

1. Beschreiben Sie in wenigen Worten die drei Abbildungen.
2. Ordnen Sie die Abbildungen den Begriffen Demokratie oder Diktatur zu.
3. Finden Sie weitere Beispiele, die das Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur verdeutlichen.

Die Weimarer Republik: das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

Der Blick auf die Weimarer Republik war sehr lange von den Erfahrungen mit der Diktatur des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur in der DDR geprägt. Bei der Auseinandersetzung mit der Revolution von 1918 und dem Beginn der jungen Demokratie stand der Konflikt zwischen Parlamentarismus und Räteystem im Vordergrund. Vor allem aber wurden die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik zwischen 1930 und 1933 und den Aufstieg des Nationalsozialismus diskutiert. Die Thematisierung der Weimarer Republik stand also lange im Schatten von zwei Diktaturen und den damit verbundenen Gefahren für die parlamentarische Demokratie. Die Bundesrepublik sollte aus den Erfahrungen von Weimar lernen und nicht so werden wie sie.

Erfolge und Errungenschaften des demokratischen Aufbruchs ab 1918 finden heute mehr Beachtung. Dazu gehören die Grundrechte, das Frauenwahlrecht (noch vor Frankreich, England und den USA), die erfolgreiche Bewältigung der Kriegsfolgen, der deutsch-französische Ausgleich, das Gewerkschaftsrecht, der Acht-Stunden-Tag, die Arbeitslosenversicherung und anderes. Viele politische Entscheidungen aus dieser Zeit waren wegweisend auch für heute. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik fußt auf der Weimarer Verfassung und diese knüpft an die Verfassung der Paulskirche von 1848/49 an. Auch diese Kontinuität wird inzwischen mehr beachtet.

LEIT- FRAGE



Die Weimarer Republik –
eine Demokratie ohne
Chance?



„Arbeiter, Bürger, Bauern, Soldaten aller Stämme Deutschlands, vereinigt Euch zur Nationalversammlung.“

Plakat von César Klein (1876 – 1954) aus dem Jahr 1919. Auftraggeber: Werbedienst der deutschen Republik.

1918 — Die Revolution am 9. November stürzt die Monarchie; Deutschland wird Republik.

Entstehung der Republik

Der **Erste Weltkrieg** endet am 11. November.

1919 — Der „**Spartakus-Aufstand**“ in Berlin wird im Januar niedergeschlagen

Frauen und Männer wählen am 19. Januar die **Verfassunggebende Nationalversammlung**. Die SPD geht als stärkste Partei aus den Wahlen hervor.

Der **Versailler Vertrag** regelt die Nachkriegsordnung für Deutschland.

Die Reichsverfassung tritt am 11. August in Kraft.

1920 — Der **Kapp-Lüttwitz-Putsch** vom 13. bis 17. März schlägt fehl.

1921/1922 — **Attentate** auf die „Erfüllungspolitiker“ häufen sich.

Krisenjahre

1923 — Wegen unerfüllter Reparationszahlungen kommt es zu Ruhrbesetzung und „**Ruhrkampf**“.

Der **Hitler-Putsch** in München am 8./9. November scheitert.

1925 — Nach dem Tod Friedrich Eberts wird Hindenburg am 26. April neuer Reichspräsident.

Gefährdete Stabilität

1927 — Die Arbeitslosenversicherung tritt in Kraft.

1929 — Der Zusammenbruch der New Yorker Börse löst eine **Weltwirtschaftskrise** aus.

1930 — Die Große Koalition aus SPD, Zentrum und bürgerlich-liberalen Parteien zerbricht als letzte Regierung mit einer Mehrheit im Parlament; ab 29. März regiert Heinrich Brüning als Kanzler des ersten **Präsidialkabinetts** dauerhaft mit Notverordnungen.

Verfall der Demokratie

1932 — Mit 6,128 Millionen erreicht die Zahl der Arbeitslosen ihren Höchststand.

Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli wird die NSDAP stärkste Partei.

Bei den Reichstagswahlen am 6. November muss die NSDAP Verluste hinnehmen, bleibt aber stärkste Partei.

1933 — Kurt von Schleicher tritt am 28. Januar als Reichskanzler zurück, nachdem Reichspräsident Hindenburg ihm das Vertrauen entzogen hat.

Am 30. Januar ernennt Reichspräsident Hindenburg **Adolf Hitler** zum **Reichskanzler**.

Vom Obrigkeitsstaat zur Republik

Das Ende der Monarchie

Angestachelt durch Nationalismus und eine Flut kriegsverherrlichender Literatur hatten Teile der Bevölkerung, vor allem das Bildungsbürgertum, Studenten und Gymnasiasten, im Jahr 1914 enthusiastisch auf die Nachricht vom Ausbruch des Krieges reagiert. Für andere Gruppen wie die der Arbeiter, Bauern oder Kleinbürger verbanden sich damit eher Befürchtungen und Ängste. Die Berichte von den grauvollen Kämpfen an der Front, mehr noch die ersten Gefallenen aus dem Kreis der Familie oder Freunde, ließen die anfängliche Begeisterung auch unter den Befürwortern des Krieges schnell verfliegen. Die sozialen Spannungen entluden sich bereits seit Ende des Jahres 1915 in Unruhen, Protesten und Arbeitsniederlegungen. In den letzten beiden Kriegsjahren kam es dann zu Massenprotesten, die Ausdruck einer weit verbreiteten Antikriegsstimmung waren. Zu Beginn des Jahres 1918 beteiligten sich in Berlin und anderen Großstädten eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks, bei denen die Forderungen nach innenpolitischen Reformen und nach Beendigung des Krieges immer lauter wurden.

Verhandlungen über einen Waffenstillstand

Doch erst nach dem Scheitern der letzten großen Offensiven (März bis August 1918) gab die Oberste Heeresleitung (OHL) die Hoffnung auf einen Sieg auf und drängte die Regierung Ende September zum Abschluss eines sofortigen Waffenstillstandes. Das Eingeständnis der Niederlage kam für die Mehrzahl der Politiker und die Öffentlichkeit völlig überraschend. Die Chefs der OHL, die Generäle **Erich Ludendorff** und **Paul von Hindenburg**, entschiedene Gegner jeglicher demokratischer Reformen, forderten jetzt die Bildung einer vom Parlament getragenen Regierung. Diese sollte die Waffenstillstandsverhandlungen führen und damit auch die Verantwortung für den Zusammenbruch übernehmen, um so die militärische Führung vom Makel der Niederlage freizuhalten. Anfang Oktober 1918 bildete Reichskanzler Prinz Max von Baden eine neue Regierung. Sie bestand aus Vertretern der SPD, des Zentrums und der liberalen Fortschrittspartei. Dass die Militärs sich damit ihrer Verantwortung entziehen konnten, belastete die Republik von Anfang an schwer, denn viele Deutsche sahen den Zusammenbruch nicht als das Ergebnis einer militärischen Niederlage, sondern als das Resultat der von den „Linken“ verantworteten Revolution.

Streik der Matrosen in Kiel

Als Ende Oktober 1918 Matrosen den Befehl der Seekriegsleitung verweigerten, für eine inzwischen militärisch sinnlose Schlacht gegen die Briten auszulaufen, wurden sie festgenommen und in Kiel inhaftiert. Um die Freilassung der Kameraden zu erzwingen, bildeten sich Soldatenräte, die zu Massendemonstrationen aufriefen. Obwohl die Aktionen kriegsmüder Truppenteile nicht von langer Hand vorbereitet waren, breitete sich die revolutionäre Bewegung sehr schnell aus. Spontan nun auch in Ortschaften gewählte Arbeiter- und Soldatenräte beanspruchten die politische Führung, amtierende Politiker und Beamte gaben nach. So wurde der gewaltlose Sturz der Monarchien in allen Bundesstaaten in kurzer Zeit vollzogen.

Abdankung des Kaisers

Am 9. November forderten Hunderttausende in Berlin die sofortige Beendigung des Krieges und die Abdankung des Kaisers, Wilhelm II., der in ihren Augen das Haupthindernis für einen schnellen Friedensschluss war. Da er sich bis zuletzt weigerte, gab Reichskanzler Max von Baden noch am gleichen Tag auf eigene Verantwortung die Abdankung des Kaisers bekannt.



Paul von Hindenburg (1847–1934): 1914–1916 Oberbefehlshaber der Truppen an der Ostfront, 1916–1918 Chef des Generalstabs, 1925–1934 Reichspräsident



Friedrich Ebert (1871–1925): ab 1913 SPD-Vorsitzender, 1919 bis zu seinem Tod 1925 erster Reichspräsident der Weimarer Republik



Gründung der deutschen Republik

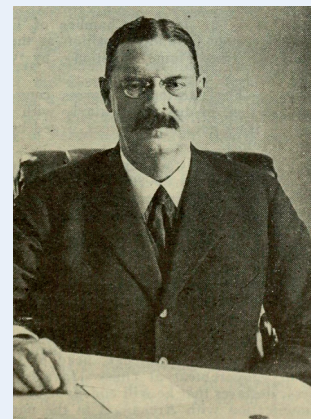
Fotomontage als Bildpostkarte von 1918, Fotograf des mittleren Bildes: Erich Greiser.

Der „Rat der Volksbeauftragten“

Ebenfalls am 9. November 1918 übergab Max von Baden ohne verfassungsrechtliche Legitimation das Amt des Reichskanzlers an **Friedrich Ebert**, den Vorsitzenden der SPD, die im Reichstag die stärkste Fraktion stellte. Während Ebert die Entscheidung über die künftige Staatsform einer gewählten Nationalversammlung überlassen wollte, rief sein Parteifreund **Philipp Scheidemann** die „Deutsche Republik“ aus. Er kam damit dem **Spartakusführer Karl Liebknecht** zuvor, der zwei Stunden später die „Sozialistische Republik Deutschland“ verkündete. Um der sich abzeichnenden Bildung einer sozialistischen Räterepublik zu begegnen, bemühte sich Ebert um eine Verständigung mit der **USPD**. Die beiden Parteien besetzten auf paritätischer Grundlage mit je drei Vertretern den *Rat der Volksbeauftragten* als provisorische deutsche Regierung. Er wurde zunächst nur durch die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte legitimiert, die sich wie auch in anderen Städten im Zuge der Revolution spontan, ohne festes politisches Konzept und ohne überregionale Organisation gebildet hatten. Häufig wurden dabei Mitglieder der örtlichen Parteivorstände der SPD und des rechten Flügels der USPD gewählt. Die meisten Arbeiterräte orientierten sich nicht an der Theorie des Rätessystems. Im Vordergrund standen nach dem Zusammenbruch die praktischen Aufgaben, die Lebensmittelversorgung und die öffentliche Ordnung. Die Arbeiterräte traten aber allgemein für die Demokratisierung von Militär, Verwaltung und Wirtschaft ein.

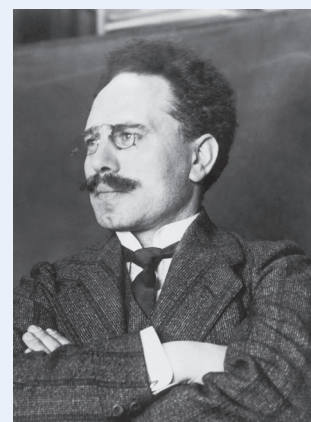
Regierungsgewalt

Der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagende *Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte* beließ die gesetzgebende und vollziehende Gewalt bis zur Einberufung der Nationalversammlung beim Rat der Volksbeauftragten. Der Antrag der radikalen Linken, am Rätessystem als Grundlage der Verfassung für eine sozialistische Republik festzuhalten, wurde dabei mit großer Mehrheit abgelehnt.



Philipp Scheidemann (1865–1939): SPD-Politiker; unter Max von Baden 1918 Staatssekretär; 1919 Reichskanzler

Spartakusbund: Gruppe radikaler Sozialisten, die den Kern der am 1.1.1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bildete



Karl Liebknecht (1871–1919): Gründer des Spartakusbundes 1916; Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands 1919

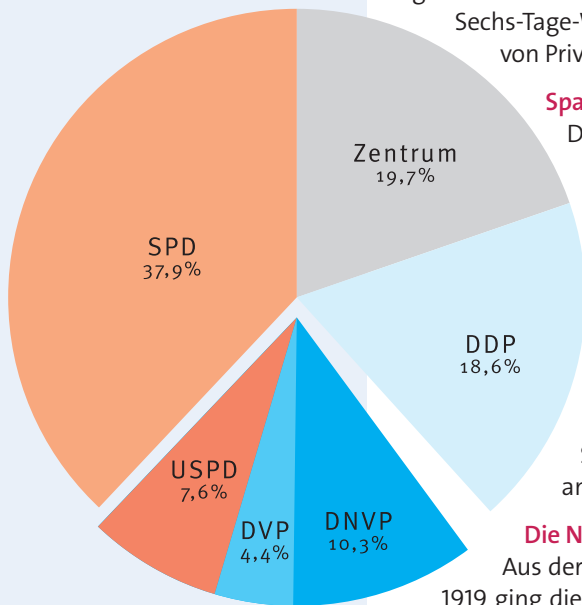
USPD: Aus Protest gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite verließen ab 1916 immer mehr Mitglieder die SPD und gründeten im April 1917 eine eigene Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Geschichte In Clips:

Zur Ausrufung der Republik
siehe Clip-Code 4665-01



Rosa Luxemburg (1870–1919, ermordet): jüdische Journalistin und sozialistische Theoretikerin; 1919 Mitbegründerin der KPD



Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung 1919.

SPD, Zentrum und DDP bildeten die sogenannte „Weimarer Koalition“.

Neue Regierung, alte Eliten

Der Rat der Volksbeauftragten war mit einer Reihe von Aufgaben konfrontiert, die sich nach dem Ende des Krieges ergaben. Mit Demonstrationen und Straßenkämpfen versuchten vor allem die Spartakisten weiterhin, ein parlamentarisches System zu verhindern und die Bevölkerung für die Räterepublik zu gewinnen (► M1). Um die innere Sicherheit zu gewährleisten, entschloss sich Ebert zu einer Vereinbarung mit dem Reichswehrgeneral Wilhelm Groener, der den Rückzug der deutschen Truppen leitete. Im Namen der Obersten Heeresleitung (OHL) bekundete Groener seine Loyalität gegenüber der Regierung und versprach militärische Unterstützung bei Unruhen. Als Gegenleistung erwartete er den gemeinsamen „Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus“ (► M2). Zudem unterstützte der Rat der Volksbeauftragten die Bildung sogenannter Freikorps. Gegen die Unruhen, die nach dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte ausgebrochen waren, rief Ebert erstmals die OHL zu Hilfe. Nach einer blutigen Straßenschlacht traten die Mitglieder der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Die tiefere Ursache für diesen Bruch lag in der grundsätzlichen Differenz zwischen SPD und USPD über das *Ebert-Groener-Abkommen*. Die Regierung Ebert scheute auch deshalb davor zurück, die militärischen Kommandostrukturen anzutasten, weil die OHL die Aufgabe hatte, nach Abschluss des Waffenstillstands am 11. November 1918 innerhalb von 35 Tagen die deutschen Soldaten zurückzuführen. Dies konnte nur gelingen, wenn die revolutionäre Stimmung nicht die Disziplin in der Armee untergrub.

Unternehmer und Gewerkschaften

Versorgungsnoté und Revolutionsgefahr veranlassten auch Unternehmer und Gewerkschaften zur Zusammenarbeit. Am 15. November 1918 unterzeichneten sie das *Stinnes-Legien-Abkommen*, benannt nach dem Großindustriellen *Hugo Stinnes* und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, *Carl Legien*. Die Arbeitgeberseite erkannte die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft an und gestand den Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich zu; üblich war noch die Sechs-Tage-Woche. Die Gewerkschaften verzichteten dafür auf die Sozialisierung von Privatbetrieben.

Spartakus-Aufstand

Die Regierung Ebert hatte noch bis unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung mit revolutionären Unruhen fertig zu werden. Vom 5. bis 12. Januar 1919 stand Berlin im Zeichen des „Spartakus-Aufstandes“. Tausende Anhänger des Spartakusbundes um Karl Liebknecht und **Rosa Luxemburg** lieferten sich Straßenschlachten mit Regierungstruppen und Freikorps. Die Aufständischen wollten die Wahlen verhindern und den Arbeiter- und Soldatenräten zur Regierungsgewalt verhelfen. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nach ihrer Verhaftung von Offizieren ermordet. Daraufhin kam es auch in anderen Städten zu Streiks und bewaffneten Aufständen. Sie dauerten noch bis Mai 1919 an (► M3).

Die Nationalversammlung

Aus der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ging die SPD als stärkste Partei hervor. Sie gewann jedoch nicht die erhoffte absolute Mehrheit. Ein Bündnis der sozialistischen Parteien scheiterte am schwachen Abschneiden der USPD; beide zusammen brachten es lediglich auf 45,5 Prozent der Stimmen. Die deutschen Wähler hatten sich damit eindeutig gegen das Rätensystem ausgesprochen, aber auch gegen eine Rückkehr zur Monarchie (► M4). Angesichts des

Wahlergebnisses ergab sich die Zusammenarbeit der drei größten Fraktionen, die schon während des Krieges im Reichstag kooperiert hatten: SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (DDP). Sie bildeten die sogenannte „Weimarer Koalition“, die mit 76,1 Prozent der Stimmen eine deutliche Mehrheit des Volkes repräsentierte (331 von insgesamt 423 Mandaten). Die Opposition war gespalten: Links stand die radikal-sozialistische USPD und rechts die national-bürgerlich ausgerichtete Deutsche Volkspartei (DVP) sowie die völkische, konservativ-monarchistische Deutsche nationale Volkspartei (DNVP).

65 **Kriegsfolgen**

Der Erste Weltkrieg wurde von der Bevölkerung aller beteiligten europäischen Staaten als Katastrophe und tiefe Zäsur empfunden.

- Zahllose Familien hatten Angehörige verloren, nicht selten den Familienvater und damit den Ernährer. Viele Soldaten blieben berufsunfähig, entweder durch schwere Verwundungen oder durch im Krieg ausgelöste Traumata. Sie waren von der Brutalität des Krieges geprägt und fanden oft nicht die Möglichkeit, sich in der Gesellschaft eine gesicherte Existenz aufzubauen.
- 70 • Die vom Krieg und seinen Folgen geschwächten Länder waren auf die große Zahl der zu versorgenden Invaliden, Witwen und Waisen nicht vorbereitet, die Sozialsysteme waren überlastet.
- Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bestimmten den Alltag der Mittel- und Unterschichten in den ersten Jahren nach dem Krieg. Das Wirtschaftsleben kam nur allmählich wieder in Gang; die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft vollzog sich dabei nur langsam. In Deutschland lag die Industrieproduktion 1922 erst bei 70 Prozent des Vorkriegsniveaus. Hinzu kam die große Belastung der europäischen Währungen durch Kriegsschulden und Inflation. Deutschland hatte zusätzlich noch die im Versailler Vertrag festgelegten hohen Reparationszahlungen zu leisten. Zunächst hoffte die deutsche Regierung, diese durch die Inflation unterlaufen zu können. Später ging sie jedoch zu einer kooperativen Politik über und konnte in Verhandlungen einige Entlastungen erreichen.¹
- 80 • Der Erste Weltkrieg hatte nicht nur Auswirkungen auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die politische Entwicklung in Europa. Einige Länder erlangten ihre Unabhängigkeit wieder (wie Polen), daneben entstanden viele völlig neue Staaten, vor allem auf dem Balkan und im Baltikum. Gerade diese Länder mussten oftmals um ihre politische Akzeptanz in der Bevölkerung kämpfen, was durch die politische und wirtschaftliche Instabilität erschwert wurde. In vielen europäischen Staaten gelangten in den folgenden Jahren diktatorische, militaristische oder autoritäre Regierungen an die Macht, so etwa in Ungarn (1920), Italien (1922), Spanien (1923) und Polen (1926). In Russland gab es bereits seit der Oktoberrevolution 1917 ein kommunistisches Regime, das von allen übrigen Staaten geächtet wurde.



„Der Streichholzhändler.“

Gemälde von Otto Dix, (1891 – 1969), Öl auf Leinwand, partiell Collagen, 1920.

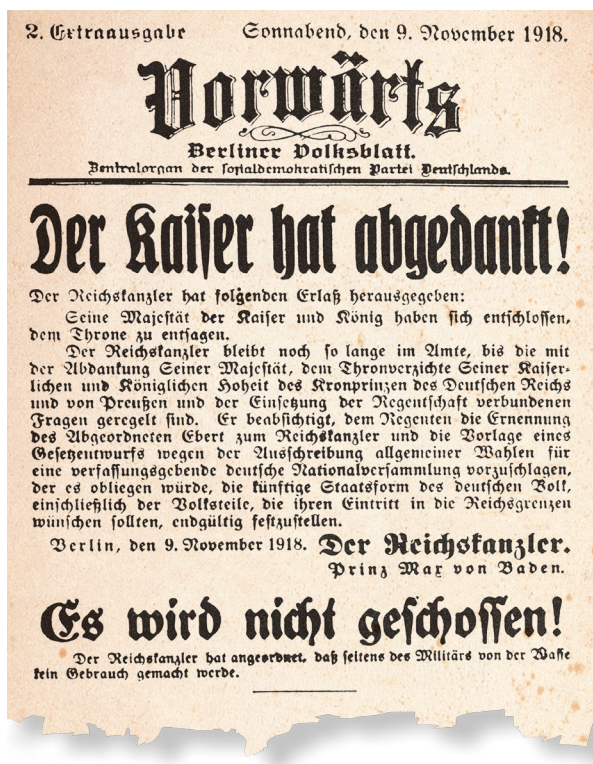
Das Bild ist eines von insgesamt vier von Dix gemalten „Krüppelbildern“. Kümmerlich von der Wohlfahrt oder sogar ohne jede Unterstützung lebende Kriegsversehrte, die als Bettler, Musikanten oder Straßenhändler ihr Auskommen suchten, gehörten in der Weimarer Republik zum gewohnten Bild. Aus dem Mund des Streichholzhändlers gellet der Ruf „Streichhölzer, echte Schwedenhölzer“, der mit kreidiger Ölfarbe auf die Leinwand gekritzelt ist.

- Analysieren Sie, mit welchen Mitteln der Künstler die Folgen des Krieges anprangert.

¹ Siehe S. xxx

M1 Der Kaiser hat abgedankt!

Die „2. Extraausgabe“ des sozialdemokratischen „Vorwärts“ hatte am 8. November 1918 folgende Titelseite:



1. Fassen Sie den Inhalt des Titelblatts zusammen.
2. Begründen Sie die Wahl der Schlagzeile.

M2 Der 9. November in Berlin

Der Berliner Unternehmer und Kunsthistoriker Oskar Münsterberg (1865–1920) ist Zeitzeuge und notiert in sein Tagebuch:

Als ich um 10 ins Büro gehe, stehen einzelne Gruppen interessiert auf der Straße, aber sonst ist überall ein ruhiges Bild wie gewöhnlich. Um 1/2 2 kommt die erste Ausgabe der B. Z. [*Berliner Tageszeitung*]. „Der Kaiser hat noch nicht abgedankt, die sozialistischen Minister sind aus dem Ministerium ausgetreten.“

Ernstere Sorge, denn das bedeutet Bürgerkrieg. Auf der Straße wird erzählt, dass soeben der König von Bayern abgedankt hat. Die Abdankung des Kaisers soll bereits da sein, aber noch nicht bekannt gegeben. Endlich neue Zeitungen; die Menschen stürzen sich auf die Zeitungsträger und reißen und prügeln sich um die Blätter: „Der Kaiser hat abgedankt.“

Alle atmen auf. Endlich! Schade, dass nicht vor Wochen mit der Geste des großen Patrioten ein freiwilliger Verzicht erfolgt ist. Jetzt ist er erzwungen und niemand hat Sympathie. [...]

Als ich die Wilhelmstraße nach der Leipzigerstraße hintergehe, sehe ich schwarze Menschenreihen stehen. Alle reden und gestikulieren. Eine bewegte Massenszene. Man erzählt aufgeregt, dass Schüsse beim Kriegsministerium gefallen seien, aus den Fenstern sei geschossen, die Türen seien verrammelt. Von der Straße aus sei das Schießen erwidert. Automobile kommen herangesaust, rote Fahnenfetzen flattern. Soldaten und Zivilisten mit und ohne Gewehr kleben wie Bienen innen und außen auf den Automobilen und schreien: Es lebe die Republik. Jetzt erst erfahre ich, in Berlin ist die sozialistische Republik ausgerufen. [...]

Ein Arbeiter steigt auf das Dach einer Elektrischen und spricht zu den Massen. Man horcht auf und alle schreien: „Hoch die Republik.“ Der verständige Mann warnt, dass die Kinder und halbwüchsigen Burschen nach Hause gehen sollen, damit nicht ihr kindischer Übermut die ernste Arbeit der Männer störe. Fast die Hälfte der Anwesenden scheint aus solchen Jungens zu bestehen, die johlen und sich amüsieren, daneben viel harmlos neugieriges Publikum. Ganz wenig bewusste Kämpfer für die Freiheitsidee leiten die ganze Bewegung. [...]

Die Abendzeitungen bringen die ersten Berichte. Prinz Max von Baden hat abgedankt und den Führer der sozialistischen Partei, den Genossen Ebert, zum Nachfolger vorgeschlagen. Unter Führung der Matrosen haben Arbeiter und Soldaten Räte gebildet. Die Regimenter haben sich ohne Weiteres angeschlossen. Auf den Kasernen weht die rote Flagge. Nirgends ernsthafter Widerstand, keine Kämpfe und nur wenige Opfer, die mehr dem Zufall als der politischen Notwendigkeit zum Opfer gefallen sind. Generalstreik wird für den nächsten Tag verkündet. Blutvergießen soll wenn irgend möglich verhindert werden. Aus dem Reiche kommen gleiche Nachrichten.

Am Vormittag des 9. November ist die Revolution siegreich durchgeführt und die Republik begründet. Was wird sich aus dem Wirrwarr gestalten, wie wird die weitere Entwicklung? Von den Waffenstillstandsbedingungen wird kaum noch gesprochen. [...]

Zitiert nach: www.dhm.de/lemo/zeitzeugen/oskar-muensterberg-novemberrevolution-1918.html [Zugriff: 3. November 2020]

- Analysieren Sie die Quelle. Arbeiten Sie die Ereignisse heraus. Wie werden sie bewertet? Welche politische Einstellung des Verfassers wird deutlich? | H

M3 Bürgerliche oder sozialistische Demokratie?

In der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan des Spartakusbundes, schreibt Rosa Luxemburg am 20. November 1918:

Das heutige Idyll, wo Wölfe und Schafe, Tiger und Lämmer wie in der Arche Noah friedlich nebeneinander grasen, dauert auf die Minute so lange, bis es mit dem Sozialismus ernst zu werden beginnt. Sobald die famose Nationalversammlung wirklich beschließt, den Sozialismus voll und ganz zu verwirklichen, die Kapitalherrschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten, beginnt auch der Kampf. [...] All das ist unvermeidlich. All das muss durchgeföhrt, abgewehrt, niedergekämpft werden – ob mit oder ohne Nationalversammlung. Der „Bürgerkrieg“, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, lässt sich nicht verbannen. [...]

Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülle ohne Inhalt, ein Requisite aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates. [...]

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: *bürgerliche* Demokratie oder *sozialistische* Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats¹, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, „Anarchie“, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewusst fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus [...].

Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, diesen Willen zu stählen, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land.

Die Rote Fahne vom 20. November 1918

¹ **Proletariat:** Darunter wird nach Friedrich Engels die Klasse der modernen Lohnarbeiter verstanden.

1. Arbeiten Sie heraus, mit welchen Argumenten Rosa Luxemburg die Wahl zur Nationalversammlung verwirft. Welche Aussagen sind situationsbedingt, welche programmatisch? | **H**
2. Suchen und erläutern Sie Widersprüche in der Argumentation von Rosa Luxemburg.
3. Charakterisieren Sie Rosa Luxemburgs Verständnis der Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“.

M4 Verständigung zwischen Groener und Ebert

General Wilhelm Groener und Friedrich Ebert (SPD), trefen am 10. November 1918 eine Vereinbarung. In seiner 1957 erschienenen Autobiografie schreibt Groener darüber, dass es sein Ziel sein sollte, die deutschen Truppen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes ordnungsgemäß ins Deutsche Reich zurückzuführen:

Die Aufgabe der Heeresleitung musste es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen [...]. Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtungspunkt. Es musste ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es musste das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. [...]

Am Abend rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Zitiert nach: Heinz Hürten (Hrsg.), Weimarer Republik und Drittes Reich 1918–1945 (Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 9), Stuttgart 2000, S. 35

1. Beschreiben Sie die Aufgaben, die Groener gemäß seiner Autobiografie hatte.
2. Setzen Sie sich mit dem Verhalten Groeners auseinander. | **H | F**

Informationen vernetzen

Die politische Herrschaft in der Demokratie beruht auf dem Vertrauen des Volkes in die Rechtmäßigkeit des politischen Handelns (Legitimität) und der Einhaltung des Rechts (Legalität).

1. Untersuchen Sie den Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Republik anhand dieser Begriffe und beurteilen das Handeln der Akteure. (► Darstellungstext)
2. Arbeiten Sie heraus, wie Luxemburg und Groener ihr Handeln „legitimieren“. (► M3, M4)

1918/19 – eine „steckengebliebene“ Revolution?

1918/19 stellt einen „Wendepunkt“ in der deutschen Geschichte dar. Aber: War dieser auch eine „Revolution“? Leitete sie aufgrund von Massenbewegungen in kurzer Zeit weitreichende Veränderungen der Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein? Oder wurden 1918/19 eher Chancen vertan, einen solchen tief greifenden Wandel herbeizuführen?

Diese Fragen werden auch nach 100 Jahren nicht einheitlich beantwortet. Das ist kaum verwunderlich, da historische Urteile immer zeit- und standortgebunden sind – und damit auch immer offen für neue Wertungen. Je nachdem, welches Revolutionsverständnis zugrunde gelegt wird, war 1918/19 keine oder eine „steckengebliebene“ Revolution, eine „verpasste Chance“ oder doch die „erste erfolgreiche Revolution in Deutschland“.

M1 Zur Revolutionsgeschichte

Der Leipziger Historiker Manfred Kossok (1930–1993) hat viele Revolutionen untersucht und verglichen. 1988 schreibt er im Epilog seines Buches „Revolutionen der Weltgeschichte“:

So ist es erforderlich, zwischen der Revolution „im engeren“ und „im weiteren Sinne“ zu unterscheiden. Die Revolution im engeren Sinne umfasst die „eigentliche“ Revolution, d. h. jenen relativ kurzen historischen Zeitraum, in dem die Grundlage jeder Revolution – die Machtfrage – entschieden wird. Dagegen verdeutlicht der Begriff der Revolution im weiteren Sinne den ungleich länger andauernden Gesamtprozess der Durchsetzung und Konsolidierung der neuen Gesellschaftsordnung.

Gerade die Revolutionsgeschichte vermittelt am nachhaltigsten die Erkenntnis, dass der Geschichte ein Nicht-abgeschlossen-Sein eigen ist. Nicht nur in die Zukunft, sondern auch in die Vergangenheit ist Geschichte offen. Das beweist die Fülle von neuen Erkenntnissen über scheinbar schon bis ins letzte Detail Gewusstes. Auch Revolutionen wurden und werden „umgeschrieben“; nicht aus Gründen bloßer Opportunität [...], sondern ob der Tatsache, dass die Klassen und Generationen stets neue Fragen an ihre eigene Herkunft, ihr Werden und ihren Wandel stellen.

Manfred Kossok, In Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Commune, Leipzig 1989, S. 441

M2 Eine „steckengebliebene Revolution“

Eberhard Kolb (*1933), der viele Jahre an der Universität Köln Geschichte lehrte, urteilt in einem 1978 zunächst für den Rundfunk verfassten Beitrag folgendermaßen:

Misst man die Ergebnisse der Revolution daran, in welchem Maße die Zielvorstellungen der Revolutionsbewegung realistisch wurden [...], dann bleibt nur die Feststellung: Die revolutionäre Massenbewegung ist im Wesentlichen gescheitert; und zwar sowohl in der ersten, gemäßigten Phase wie die der zweiten, der radikalen Phase. Man kann daher von einer steckengebliebenen Revolution sprechen.

Daraus ergibt sich [...]: Mit dieser steckengebliebenen Revolution mochte – und mag – sich keine der großen politischen Richtungen identifizieren. So, wie sie verlief und endete, hatte kaum jemand in Deutschland diese Revolution gewollt. Die einen hatten überhaupt keine Revolution, die anderen hatten ein anderes Ergebnis der Revolution gewollt.

Eberhard Kolb, 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Carola Stern und Heinrich August Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt am Main 1994, S. 99–125, hier S. 123

M3 Keine Revolution

Der Kieler Historiker Karl Heinrich Pohl (*1943) vertritt 1990 in einem Vortrag die These, „dass 1918 in Deutschland keine Revolution stattfand“:

Der Wechsel an der Staatsspitze reichte der Partei [der Mehrheitssozialdemokraten] aus. Sie erachtete es nicht für nötig, bereits in dieser Phase den alten Machtapparat zu zerschlagen, den militärischen Apparat grundlegend umzugestalten, das Wirtschaftssystem – das die sozialen Forderungen der Partei einmal tragen und auch finanzieren musste – entscheidend zu verändern. Nicht einmal eine sofortige Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie wurde avisiert. Wenn eine politische Gruppierung in Deutschland „unrevolutionär“ und ohne das nötige Gespür für Machtfragen war, dann war es die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1918.

Karl Heinrich Pohl, Obrigkeitsstaat und Demokratie. Aspekte der „Revolution“ von 1918/19, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 46–69, hier S. 56

M4 Eine verpasste Chance

Der in Berlin lehrende Historiker Heinrich August Winkler (*1938) schreibt 1996:

Die Revolution von 1918/19, aus der Weimar hervorgegangen ist, gehört zu den umstrittensten Ereignissen der deutschen Geschichte. Manche Historiker meinen, dass die erste deutsche Demokratie vielleicht nicht untergegangen und dann auch Hitler nicht an die Macht gekommen wäre, hätte es damals einen gründlichen Bruch mit der obrigkeitstaatlichen Vergangenheit gegeben. Tatsächlich war der Handlungsspielraum der regierenden Mehrheitssozialdemokraten [...] in den entscheidenden Wochen zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Wahl der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 größer, als die Akteure mit Friedrich Ebert, dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, an der Spitze selbst meinten. Sie hätten weniger bewahren müssen und mehr verändern können. Es wäre, mit anderen Worten, möglich gewesen, in der revolutionären Übergangszeit erste Schritte zu tun auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Verwaltung, der Schaffung eines republikloyalen Militärwesens, der öffentlichen Kontrolle der Macht – unter Umständen bis hin zu einer Vergesellschaftung des Bergbaus, einer Forderung, die nach der Jahreswende 1918/19 zu einer zündenden Streikparole wurde. [...] Gegen eine Mehrheit Politik zu machen, war für die Sozialdemokraten unvorstellbar. Es hätte auch dem bisherigen Gang der Verfassungsgeschichte widersprochen. [...] Deutschland war auch zu industrialisiert für einen völligen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse. [...] Beide Faktoren, der Grad der Demokratisierung und der Grad der Industrialisierung, wirkten objektiv revolutionshemmend.

Heinrich August Winkler, Weimar: Ein deutsches Menetekel, in: Ders. und Alexander Cammann (Hrsg.), Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1918–1933, München³ 1999, S. 13–42, hier S. 15f. und 17f.

M5 Die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland

Die Historikerin Ulla Plener (*1933) fasst das Ergebnis einer Tagung von 2008 wie folgt zusammen:

Der herausragende Platz der Revolution 1918/1919 in der deutschen Geschichte erweist sich [...] mindestens in dreierlei Hinsicht:

1. Ihr *Hauptergebnis*: Sie beendete den Ersten Weltkrieg, brachte Deutschland den Frieden, stürzte das Kaisertum und etablierte die Republik mit allgemeinem Wahlrecht, auch für Frauen, der Trennung von Staat und Kirche u. a. demokratischen Maßnahmen sowie einigen nach jahrzehntelangem Kampf endlich gewährten sozialen Rechten für die Lohnarbeitenden.¹
2. Das erfolgte nicht aufgrund eines Parlamentsbeschlusses, sondern war das Resultat breiter, in erster Linie von der Arbeiterbewegung getragener *spontaner Massenaktionen*.
3. Deshalb war der demokratischen Revolution ein ausgeprägter sozialer und basisdemokratischer Grundzug eigen, was sich besonders in der Bildung und dem anfänglichen Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte und in der Forderung nach Sozialisierung niedergeschlagen hatte.

Insgesamt ging es also um Frieden, demokratische Republik, individuelle staatsbürgerliche Freiheiten – und um die Lösung der Sozialen Frage, um kollektive soziale Rechte aller, die Eigentumsfrage eingeschlossen.

Mit der Annahme der Verfassung in Weimar im August 1919 wurde die bürgerlich-demokratische Staatsordnung in Deutschland etabliert, und sie bedeutete auch den Durchbruch zur Anerkennung wesentlicher Rechte der Lohnarbeitenden. Insofern war die Revolution 1918/1919 die *erste erfolgreiche Revolution in Deutschland* – und das wurde *maßgeblich von der Arbeiterbewegung erreicht*.

Ulla Plener, Zum Geleit, in: Dies. (Hrsg.), Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie [...], Berlin 2009, S. 7–10, hier S. 8 (Hervorhebungen in der Vorlage)

1. Erläutern Sie Kossoks These, dass auch Revolutionen „umgeschrieben“ werden müssen (M1). | H
2. Vergleichen Sie die Urteile über 1918/19 von Kolb, Pohl und Plener (M2, M3 und M5). Wie begründen die Autoren ihre Auffassung, dass 1918/19 „keine“, eine „steckengebliebene“ oder doch eine „erfolgreiche“ Revolution stattgefunden habe? | H | F
3. Winkler relativiert den Begriff „Revolution“. Erörtern Sie seine Einschätzung (M4).

Politische Plakate analysieren

Plakate sind öffentliche Aushänge, die meist an stark frequentierten Standorten platziert werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Plakate können

- informieren (sachlich)
- werben (tendenziös)
- zu Aktionen aufrufen (appellativ).

Ihr Ziel ist es immer, auf den ersten Blick zu wirken und in Erinnerung zu bleiben. Deshalb werden oft auffällig gestaltete Mittel, **wiederkehrende Symbole** und kurze **Slogans** verwendet. Eine Form des Plakates ist das politische Plakat, das es in Deutschland seit Anfang des 19. Jahrhunderts gibt. Verwendungszwecke des politischen Plakates sind unter anderem Bekanntmachungen der Regierung, Protest (z. B. soziale Missstände) oder (Anti-)Kriegspropaganda.

Seine Bedeutung als **Massenmedium** erreichte das Plakat erst in der Weimarer Republik mit der demokratischen Parteienvielfalt. In dem Maße, wie sich die politischen Auseinandersetzungen der Republik zuspitzten, wurden auch die Texte und Bilder der Parteien radikaler. Politische Gegner wurden diffamiert, Feindbilder aufgebaut und Bedrohungsszenarien heraufbeschworen. Hierbei wurden auch **Allegorien** und **Übertreibungen** eingesetzt.

Plakate geben keinerlei Auskunft über das Wahlverhalten einer gewissen Epoche, sehr wohl jedoch über die Auseinandersetzungen der Parteien, den Alltag der Menschen, die Probleme und die Grundhaltungen einer Zeit.

Weitere Anwendungsbeispiele finden Sie auf den Seiten 199, 224, 235 und 241.

Arbeitsschritt

1. beschreiben

Leitfragen

- Um welche Art von Plakat handelt es sich?
- Wer hat das Plakat in Auftrag gegeben?
- Wann und wo ist es veröffentlicht worden?
- Wen oder was zeigt das Plakat?
- Was wird thematisiert?

2. erklären

- Auf welche Weise geschieht dies (überdimensioniert, naturgetreu, welche Größenverhältnisse etc.)?
- Wie ist das Plakat aufgebaut?
- Welche Gestaltungsmittel werden verwendet (Verhältnis von Text und Bild, Perspektive, Farben, Haltung und Position der Figuren, Schriftgröße und -art, Symbole, Verwendung bestimmter Stilmittel)?
- Wie sind die Allegorien zu entschlüsseln? Wer steckt hinter den dargestellten Personen / Dingen?
- Welche Hauptaussage wird demnach getroffen?

3. beurteilen

- Wie ist das Plakat in seinen historischen Kontext einzuordnen?
- An wen wendet sich das Plakat?
- Ist es gegen jemanden gerichtet? Werden Feindbilder dargestellt?
- Welche Wirkung soll das Plakat beim zeitgenössischen Betrachter erzielen?
- Welche Aussageabsichten werden verfolgt?
- Inwiefern ist die Gestaltung des Plakates gelungen?

Beispiel für ein politisches Plakat

SA-Mann mit Schirmmütze und Hakenkreuz: personifizierter „Feind der Demokratie“ von rechts

Schriftzug: Verweis auf politische Gegner („Feinde der Demokratie!“) und eigenes demokratisches Selbstverständnis

Kommunist mit rotem Stern auf der Kappe: personifizierter „Feind der Demokratie“ von links, symbolisiert Gefahr des Bolschewismus

Farbgebung: Schwarz-Rot-Gold als Nationalfarben und Bekenntnis zur Demokratie

Totenkopf mit Reichswehrlm: Allegorie auf Gefahr des Militarismus oder die Toten des Ersten Weltkrieges

Dolch: Symbol für Gewalt und Hinterhältigkeit, Verweis auf „Dolchstoßlegende“

Wahlaufruf: Ausschalten politischer Gegner (durch demokratische Mittel = Wahl) als Ziel formuliert



Verweis auf **Auftraggeber** und **Listenplatz**

Rot als Farbe der Sozialdemokratie

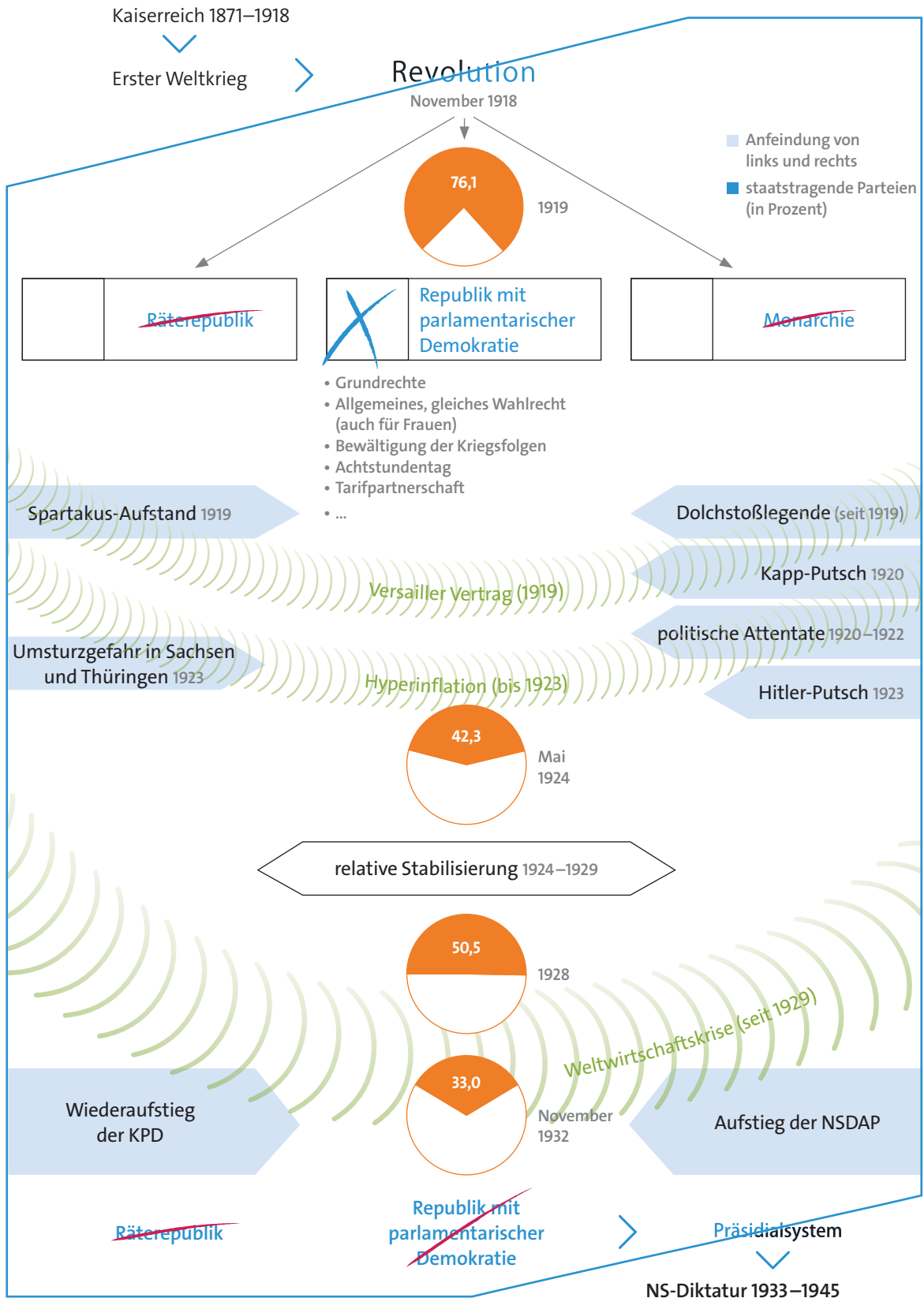
Wahlplakat der

► Analysieren Sie das Plakat mithilfe der Arbeitsschritte auf Seite 244.

Die Lösung zu dieser Seite finden Sie unter Mediencode 32025-XX



Die Weimarer Republik (1918 – 1933)



Die Weimarer Republik – eine Demokratie ohne Chance?

Bei der Frage nach den Gründen für den Untergang der Weimarer Republik und den Machtantritt der Nationalsozialisten ist es nahezu einhellige Ansicht der Geschichtswissenschaft, dass nicht eine einzelne Ursache ausschlaggebend war. Für Zeitgenossen wie Otto Braun, den ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Preußen, waren der Vertrag von Versailles und die Radikalität der deutschen Kommunisten entscheidend. Amerikanische Historiker legten den Schwerpunkt auf die autoritären Traditionen der Deutschen. Andere sehen im Versagen führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Militär zwischen 1930 und 1933 eine wesentliche Ursache des Zusammenbruchs, da die alten Eliten Hitler unterschätzten.



Die Weimarer Republik – eine Demokratie ohne Chance?



M „Es lebe die deutsche Republik!“

Frank-Walter Steinmeier (*1956) ist seit dem 19. März 2017 der zwölfte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Bei einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November 2018 hält er anlässlich des 100. Jahrestags der Revolution folgende Rede:

Die Revolution, so ungeplant und improvisiert sie auch war, steht für eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Geschichte, für einen Aufbruch in die Moderne. Viele ihrer Errungenschaften prägen heute unser Land, auch wenn uns das nicht jeden Tag bewusst ist. Die Revolution brachte allen deutschen Parlamenten das allgemeine und gleiche Wahlrecht – endlich, zum ersten Mal auch für die Frauen! Sie bahnte den Weg zur Weimarer Nationalversammlung, zu einer republikanischen Verfassung, zur parlamentarischen Demokratie, der ersten in der Geschichte unseres Landes. Auch Grundsteine des modernen Sozialstaats legte diese Revolution: Achtstundentag, Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung durch Betriebsräte – all das steht für den sozialen Fortschritt, der damals inmitten der Nachkriegswirren begann. Aber trotz alledem hat die Revolution bis heute kaum Spuren im Gedächtnis unserer Nation hinterlassen. [...] Manchmal scheint mir, als sei jene Zeitenwende auf ewig überschattet vom Scheitern der Republik, als sei der 9. November 1918 diskreditiert und entwürdigt durch den 30. Januar 1933. Ja, das Ende der Weimarer Republik führte hinab ins furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte. Aber: historisch gescheitert ist nicht die Demokratie, historisch gescheitert sind die Feinde der Demokratie. [...]

Ja, diese Revolution war auch eine Revolution mit Irrwegen und enttäuschten Hoffnungen. Aber es bleibt das große Verdienst der gemäßigten Arbeiterbewegung, dass

sie – in einem Klima der Gewalt, inmitten von Not und Hunger – den Kompromiss mit den gemäßigten Kräften des Bürgertums suchte, dass sie der parlamentarischen Demokratie den Vorrang gab.

In der Weimarer Republik hat der 9. November nie die Kraft eines Gründungsmythos gewinnen können. [...] Statt Einheit zu stiften, verschärfte die Erinnerung an den 9. November sogar die ideologische Spaltung der Gesellschaft: Für Teile der radikalen Linken stand das Datum für den vermeintlichen Verrat an der Arbeiterklasse, für die Republikfeinde von rechts für ihre Lüge vom „Dolchstoß“ [...]. Es war kein Zufall, dass Adolf Hitler am 9. November 1923 in München den ersten Anlauf zum Sturz der Republik unternahm, jenes „undeutschen Systems“, dessen Repräsentanten die völkische Rechte mit mörderischem Hass überzog. [...]

So wenig der Demokratie am 9. November 1918 ihr Scheitern schon vorherbestimmt war, so wenig ist heute, einhundert Jahre später, ihr Gelingen garantiert. Wir beobachten ein wachsendes Unbehagen an der Parteidemokratie, bis hinein in die Mitte unserer Gesellschaft. [...]

www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/11/181109-Gedenkstunde-Bundestag.html (Zugriff: 21. Juni 2019)

1. Fassen Sie die Leistungen zusammen, die wir nach Steinmeier der Revolution von 1918 verdanken.
2. Charakterisieren Sie den Zwiespalt, mit dem in Deutschland seit jeher auf die Ergebnisse von 1918 geblickt wird.
3. Diskutieren Sie, inwiefern sich der 9. November als nationaler Gedenktag eignen würde.